

Festvortrag am 14. Juni 2014

30 Jahre Frauenbüro der Stadt Kassel -Der Marsch durch die Institutionen -

...und so fing alles an...

Am 1. April 1984 trat ich im Rathaus der Stadt Kassel meine Stelle als Frauenbeauftragte an, als erste in Hessen und dritte in der Bundesrepublik. Mein erster, nachhaltiger Eindruck: Das Büro war leer, nur ein einsamer Bleistift hatte sich auf meinen Schreibtisch verirrt. Wie sich bald herausstellte war diese Leere nicht nur in meinem Büro, sondern auch in der Vorstellungswelt meiner Kolleginnen und Kollegen in der Stadt Kassel, insbesondere bei den Spitzen der Verwaltung. Niemand wusste so recht, was man mit mir eigentlich anfangen sollte. Es gab, anders als im Rathaus sonst üblich, keine Arbeitsplatzbeschreibung, sondern nur einen eher wenig aussagekräftigen Stadtverordnetenbeschluss, den inzwischen historisch gewordenen Beschluss Nr. 309:

Die Frauenbeauftragte „arbeitet ...mit dem Ziel, die Frauendiskriminierung abzubauen. Sie wirkt darauf hin, das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichstellung von Frau und Mann zu erfüllen.“

Nun kann man sich zurecht fragen: warum schafft eine Stadt, die damals eher arm war, ein Frauenbüro mit drei Stellen, wenn sie nicht genau weiß, was man damit anfangen soll.? Der Grund ist einfach: die Einrichtung dieser Stellen war eine politische Entscheidung, zustande gekommen nicht auf Vorschlag der Verwaltung, sondern auf Druck. Und dieser Druck ging von den hervorragend organisierten Frauen innerhalb und außerhalb des Rathauses aus. Sie wollten in Zeiten feministischen Aufbruchs und angesichts der Tatsache dass es mit der Gleichberechtigung der Frauen nicht so recht vorwärts geben wollte, einen Brückenkopf im Rathaus für frauenfreundliche Stadtpolitik. Sie hatten dabei die Unterstützung des Kasseler Oberbürgermeisters, der überzeugt war, dass eine Stadt wie Kassel, in der Elisabeth Selbert gearbeitet und gewirkt hatte auch Maßstäbe setzen müsse in Sachen praktischer Gleichberechtigung der Frauen. Und er war überzeugt, dass notwendige Innovationen auch durch Frauen und durch eine solche neue Verwaltungseinheit zu befördern war.

Der Startschuss allerdings lag schon länger zurück: Ende der siebziger Jahren war ein prominentes FDP Mitglied, Ruth Hochhaus-Alheit der Meinung, dass es im Rathaus eine Ombudsfrau geben müsse für die Angelegenheiten von Frauen. Kurzerhand lud sie alle weiblichen Stadtverordneten ein und überzeugte sie von der Sinnhaftigkeit dieses Vorhabens. Fortan kämpften Frauen der SPD, der FDP und der Grünen, ihre jeweiligen Stadtverordneten gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Kasseler Frauenverbände für eine Ombudsfrau, die bald in Frauenbeauftragte umbenannt wurde.

Die Enquetekommission“ Frau und Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages hatte zwar empfohlen, Frauenbeauftragte zu berufen. Als politische Forderung allerdings war dies in etwa so utopisch wie im 19. Jahrhundert die Forderung nach Abschaffung der Monarchie.

Das wird deutlich vor dem Hintergrund der Verhältnisse in der Bundesrepublik in den siebziger

Jahren: es war nur wenige Jahre her, dass Ehemänner die Arbeitsverhältnisse ihrer Ehefrau Frauen kündigen konnte, wenn sie der Meinung waren, dass die Ehefrau ihre Pflichten in der Familie vernachlässige. Politik war überall – man sieht es an den Fotos – Männersache, und nur hin und wieder, sehr selten gab es eine Frau in verantwortlichen politischen Positionen. Zwar durften Frauen einen Beruf erlernen, wenn sie aber heirateten hörten sie sofern sie es sich leisten konnten mit der Berufstätigkeit auf, ließen sich ihre Rentenansprüche auszahlen und kümmerten sich um Mann und Kinder. Außer häusliche Betreuung von Kindern war eher eine Notlösung und hatte einen schlechten Ruf – es gab kein flächendeckendes Netz von Kindertagesstätten und Horten. . Von Chancengleichheit im Beruf konnte damals nicht die Rede sein. So hat auch die Stadt Kassel in der Nachkriegszeit Männer für die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes eingestellt, Frauen konnten allenfalls als Bürokräfte ausgebildet werden.

Frauenbewegung als treibende Kraft

Aber es tat sich etwas in der Bundesrepublik Deutschland: zu Beginn der siebziger Jahren hatten Frauen auch ihre eigene Geschichte wieder entdeckt, die zweite deutsche Frauenbewegung war entstanden. Ihre Forderungen nach Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Änderung der Frauenrolle in der Gesellschaft waren unüberhörbar geworden und verbreiteten sich mit der Reformeuphorie in der Zeit Willy Brandts auch in der SPD.

In Kassel waren eine Reihe von Projekten entstanden- der Frauenbuchladen Aradia, das Archiv der deutschen Frauenbewegung, das Projekt Frauen informieren Frauen, Beratungszentren und ein Frauenhaus. Letzteres war politisch unter großen Konflikten innerhalb der Stadtverordnetenversammlung auch durchgesetzt worden.

Die Frauenverbände, zusammengeschlossen in der Arbeitsgemeinschaft Kasseler Frauenverbände, waren von der Frauenbewegung nicht unberührt geblieben und unterstützten die Forderung der Frauen in SPD, FDP und Grünen nach einer Ombudsfrau beziehungsweise Frauenbeauftragten. Die Kasseler Stadtverordneten – jedenfalls in ihrem weiblichen Teil – forderten mehr als eine Frauenbeauftragte, nämlich auch einen Frauenausschuss in der Stadtverordnetenversammlung, in dem alle Angelegenheiten von Frauen diskutiert, Beschlüsse gefasst und vom Magistrat umgesetzt werden sollten.

Dies gelang nicht. Zu groß waren die Widerstände. Immerhin aber wurde eine Magistratskommission, die Frauenkommission geschaffen, die den Magistrat in allen Angelegenheiten, die Frauen betreffend, beraten sollte.

Zwar hatte diese Kommission nur beratende Funktion, jedoch den Vorteil, dass ihr auch Mitglieder angehören konnten, die nicht Stadtverordnete waren. Dadurch konnten die Kasseler Initiativen und Frauenverbände ihre Angelegenheiten direkt in die Frauen Kommission und damit an den Magistrat herantragen. Nun gab es also eine Frauenkommission und ein Frauenbüro.

Politische Frauensolidarität

Es war also ein starkes Stück Frauensolidarität, Solidarität unter den Parteifrauen, den Frauenverbänden und mit Teilen der autonomen Frauen, die zur Einrichtung des Frauenbüros führten. Die politische Schubkraft der Frauenbewegung hatte ja längst die Parteien erreicht, und die Existenz des Frauenbüros und seiner Arbeit führten in den Folgejahren zu steigender politischer Aktivität von Frauen: Der Anteil von Frauen in der Stadtverordnetenversammlung stieg schon 1985 von 22 auf 34%, 2001 auf 39, 2006 auf. Schon zu Beginn der 80er Jahre hatte Kassel mit Christine Schmarsow das erst hauptamtliche Magistratsmitglied, nach den Kommunalwahlen 1985 wurden es vier, und – hessenweit einmalig – von 1993 – 1997 war der hauptamtliche Magistrat paritätisch mit Männern und Frauen besetzt. In dieser Zeit hatte Kassel bundesweit Modellcharakter in der

kommunalen Frauenpolitik, und es ist kein Zufall, dass viele Frauenbüros in Hessen und im Bund dem Kasseler Modell nachgebildet waren.

Dieser Schub der Frauenbewegung innerhalb und außerhalb der Institutionen hat Kassel verändert und frauenfreundlicher gemacht.

Spaltung der Frauenbewegung?

„Kassel – die Stadt der starken Frauenbewegung. Ein Streifzug durch 150 Jahre“ war der Titel des Frauenempfangs im letzten Jahr, und in einer Broschüre gleichen Titels wurde die Entwicklung der Kasseler Frauenbewegung vom 19. Jahrhundert nachgezeichnet bis fast in die Gegenwart hinein.

Allerdings: Für die Frauen, die solidarisch und gemeinsam für die Einrichtung eines Frauenbüros gestritten hatten, die in Frauenverbänden und nichtautonomen Frauenprojekten politisch gearbeitet hatten, die im Magistrat, im Frauenbüro und in der Stadtverordnetenversammlung für Frauen und die finanzielle Absicherung der Frauenprojekte gestritten hatten, war das gut geschriebene Heft eine herbe Enttäuschung. Es gab sie nämlich gar nicht- jedenfalls nicht in diesem Heft. Dargestellt wurden nur die autonomen Frauenprojekte.

Dieser blinde Fleck in der Wahrnehmung der Aktivitäten außerhalb der autonomen Frauenbewegung ist nicht neu. Alles, was sich außerhalb der autonomen Szene tat, wurde nicht zur Kenntnis genommen oder als kompromisslerisch abgetan. Das war und ist schmerzhaft für die Frauen in Institutionen, die die Ziele der Frauenbewegung teilten und innerhalb der etablierten Strukturen für Veränderungen kämpften. Schmerzhaft zumal dann, wenn sie zum bevorzugten Ziel von Kritik und Angriffen der autonomen Frauen wurden – und nicht die noch immer ungleich mächtigeren Männer.

Die Geschichte des Frauenbüros und der nichtautonomen Frauenbewegung in Kassel ist noch nicht geschrieben. Es wäre wünschenswert, wenn diese Lücke durch historische Forschung bald geschlossen werden könnte – es lohnt sich! Lisa Vollmer, die unermüdliche Streiterin für Frauen in der Stavo und im Landtag, Sabine Chelmis, die die Arbeit des Frauenbüro in mehr als 20 Jahren geprägt und es zu Akzeptanz und Einfluss geführt hat, Anne Fohrer, die alle und alles kennt und der Stabilitätsanker des Frauenbüros war – sie alle sind wichtige Quellen und Zeitzeuginnen.

Der nun folgende Film zeigt einiges von der Arbeit der Frauen in Kassel.

(Folgt: Vorführung der Films „Die Hälfte der Welt für die Frauen und die Hälfte der Familie für die Männer“, herausgegeben vom SPD Parteivorstand Bonn, 1985)

Und was soll eine Frauenbeauftragte tun?

Doch zurück zu den Anfängen.

Frauenbeauftragte und Frauen Kommission waren also ab 1984 der Brückenkopf der Kasseler Frauen im Rathaus. Ungeklärt war aber zumindest bei meinem Amtsantritt die Frage, was denn nun die Frauenbeauftragte eigentlich tun sollte. Das interessanteste für mich war, dass die Herren im Rathaus der festen Überzeugung waren, ich hätte ja außerhalb des Rathauses genug zu tun. Die maßgeblichen Herrn außerhalb des Rathauses hingegen meinten, dass mein Tätigkeitsfeld sich auf das Rathaus zu beschränken habe. Das war wenig hilfreich, bot aber auch grosse Chancen. Ich konnte meine Arbeit selbst definieren, und bald kristallisierte sich ein Leitbild der Arbeit der Frauenbeauftragten heraus, das z. T. bis heute gilt. Und anhand dieser

Aufgabenstellung können wir auch messen, welche Entwicklungen und Fortschritte es in 30 Jahren Frauenbüro gegeben hat.

Brauchen wir noch Frauenbeauftragte?

"Wir sind angetreten, um irgendwann einmal überflüssig zu werden", hatte meine Kollegin Heidi Regus zu Beginn ihrer Tätigkeit formuliert. Das heißt: wenn die tatsächliche soziale, kulturelle, gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht ist, bedarf es keiner Frauenbeauftragten mehr.

Und es hat sich in der Tat viel geändert – auch in Kassel: Frauen steht jeder Beruf offen. Die Frauenerwerbstätigkeit ist hoch wie nie. Es gibt Frauen in Führungspositionen all überall - selbst in der Wissenschaft und in der Medizin. Und natürlich auch bei der Stadt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf macht Fortschritte. Frauenförderung ist angesichts drohenden Fachkräftemangels selbst in der Wirtschaft kein Tabu mehr, und in jüngster Zeit hat die EU uns Gender Mainstreaming verordnet, was nichts anderes bedeutet als Geschlechterdemokratie. Und nicht zu toppen ist, dass wir eine Bundeskanzlerin haben!

Können wir uns also zurücklehnen und befriedigt feststellen, dass die Aufgabe geschafft, die Gleichberechtigung hergestellt ist? Können wir konstatieren, dass die Frauenbüros ein immer noch existierendes Relikt der alten BRD, im Grunde aber überholt ist?

Vereinzelt wird dies behauptet. Aber leider ist diese Behauptung falsch.

Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt als Männer.

Noch immer sind die prekären Beschäftigungsverhältnisse vor allem Frauen vorbehalten.

Noch immer ist Gewalt gegen Frauen ein auch überall präsent, auch wenn sie nicht mehr totgeschwiegen wird wie vor 30 Jahren.

Noch immer ist die Infrastruktur für Frauen lückenhaft, immer ungesichert und dramatisch unterfinanziert.

Noch immer ist die Kultur vor allem eine Männerdomäne – auch und gerade bei der Verteilung der Mittel.

Noch immer sind wir von gleichen Chancen von Frauen und Männern im Beruf weit entfernt.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter hat zwar große Fortschritte gemacht, das Ziel rückt näher. Aber es ist noch lange nicht erreicht.

Daher gibt es sie noch, die Frauenbüros, und seit den achtziger Jahren in zunehmender Anzahl. Im Augenblick sind es hunderte. Sie alle arbeiten engagiert, professionell, dezernatsübergreifend, oft unspektakulär. Aber in ihrer Summe verändern sie unsere Gesellschaft. Sie sind in den öffentlichen Verwaltungen die wichtigste Innovation seit der Einführung der Jugendämter nach dem ersten Weltkrieg. Und sie sind weit mehr als eine freiwillige kommunale Leistung.

Gesetzliche und institutionelle Absicherung

Als die Kasseler Frauen ihr Frauenbüro politisch durchsetzten, gab es nichts als eine Empfehlung der Enquetekommission des Deutschen Bundestages und die Kraft der Frauenbewegung innerhalb und außerhalb der Institutionen. Der Erfolg der Kasseler Initiative war alles andere als selbstverständlich - er spricht für das Machtbewusstsein und die Kraft der Kasseler Frauen. Heute - nach 30 Jahren- kann Frauenpolitik mit mehr Gelassenheit und Selbstverständlichkeit betrieben werden dank der gesetzlichen Flankierung: Acht Jahre nach Einrichtung des Kasseler Frauenbüros wurde mit der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung die Einrichtung eines kommunalen

Frauenbüros zur gesetzlichen Pflichtaufgabe. Und mit Verabschiedung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes wurde es Aufgabe eines jeden öffentlichen Arbeitgebers, Frauen und Männer im Beruf gleich zu behandeln und Frauen zu fördern, um ihre berufliche Benachteiligung auszugleichen. Vieles ist dadurch selbstverständlicher geworden. Heute wäre es- anders als in Kassel 1984 - undenkbar, Frauen von der Überwachung des ruhenden Verkehrs oder vom Beruf der Busfahrerin oder von der Feuerwehr auszuschließen. In Kassel gibt es inzwischen eine Fülle von Teilzeitmodellen, sogar mit der Möglichkeit von Führungspositionen in Teilzeit. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer rückt damit näher. Allerdings: Was heute selbstverständlich ist, war in den 80er Jahren Gegenstand heftiger Konflikte und Auseinandersetzungen. Ohne das hartnäckige Frauenbüro und die Unterstützung der Frauen in der Frauenkommission hätte es solche Fortschritte gar nicht oder erst viel später gegeben.

Das Frauenbüro als Anlaufstelle für Frauen.

Eine Stelle im Rathaus, die nur für Frauen da ist – das motiviert viele Frauen, ihre Hemmungen zu überwinden und mit ihren Probleme dorthin zu gehen.

Nun soll und kann die Frauenbeauftragte nicht die Sozialarbeiterin der Stadtverwaltung sein.

Aber sie kann und soll mit der ratsuchenden Frau ihre Problemlagen sortieren und als Wegweiser dienen zu den Institutionen, die für die einzelnen Probleme zuständig sind. Und sie kann innerhalb der Verwaltung für frauengerechtere Entscheidungen sorgen:

(Beispiele: Mit Kinderwagen im Museum

Berufliche Förderung von Sozialhilfeempfängerin)

Vor allem aber kann das Frauenbüro strukturelle Benachteiligungen, die in die Sprechstunde getragen werden, thematisieren und politisch weiterbearbeiten.

(Beispiel: geringfügige Beschäftigung)

Das Frauenbüro als Wächterin

Dass die Bestimmungen des HGIG eingehalten, die Berichte rechtzeitig geplant und abgegeben werden, die Beteiligungsrechte der Frauenbeauftragten gewahrt werden, dass auch die städtischen Gesellschaften dem Gesetz Genüge tun – das ist Aufgabe der Frauenbeauftragten – eine Herkulesaufgabe, die Frustrationstoleranz, Hartnäckigkeit und Gesetzeskenntnis verlangt.

Und auch wenn das gesellschaftliche Klima sich insgesamt gewandelt hat – patriarchalische Denkweisen, institutioneller Egoismus und Gesetzesmüdigkeit gibt es noch zuhauf. Da wird das Frauenbüro weiter gebraucht als Beraterin, Ideengeberin und Mahnerin. Gemeinsam mit einer fortschrittlichen Personalverwaltung sind die Ergebnisse der Frauenförderung denn auch vorzeigbar.

Das Frauenbüro als Fortbildungseinrichtung für die Stadtverwaltung

Den Blick aus der Frauenperspektive lehren: Das war und ist eine wichtige Funktion des Frauenbüros innerhalb der Stadtverwaltung. Neue Sichtweisen außerhalb der eingefahrenen Verwaltungsroutinen in das Verwaltungshandeln einzubringen – das ist wohl der wichtigste Beitrag des Frauenbüros innerhalb der Stadtverwaltung. Und damit macht es sich bisweilen herzlich unbeliebt.

Beispiel: Radwegeplanung

Die Bedürfnisse der Frauen mitdenken: Das muss heute jede Verwaltung lernen. Das Frauenbüro hilft dabei. Und diese Aufgabe ist noch nicht erledigt...

Das Frauenbüro als Transmissionsriemen in die Politik

Frauenbeauftragte sind Expertinnen in Frauenfragen, sie haben umfassende Kenntnisse über die Lebenslagen und Probleme der Frauen in ihrer Kommune, und sie wissen, was sich ändern muss – vor Ort und auf den höheren Ebenen der Politik. Und sie sind damit erfolgreich. In Kassel haben sie Einfluss genommen auf die Wohnungspolitik, auf die Stadtentwicklungsplanung, die Planung der Infrastruktur. Gemeinsam mit den Kolleginnen aus anderen Kommunen setzen sie sich in Hessen ein für bessere Bedingungen für Frauenhäuser, bessere Fortbildung der Polizei in Fragen häuslicher Gewalt, mehr Geld für Frauenprojekte, mehr Mittel für die Wiedereingliederung, auf Bundesebene für die Abschaffung des Ehegattensplittings und Abschaffung oder zumindest Eindämmung der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Bei Gesetzesvorhaben werden sie in Wiesbaden und Berlin gehört – immer öfter mit Erfolg.

Das Frauenbüro als Kristallisationskern für Frauenbündnisse und Kooperationsstrukturen

Niemand kennt die frauenpolitische Landschaft besser als die Frauenbeauftragten, und niemand kann so gut einschätzen wie sie, welche Lücken geschlossen werden müssen, welche Bündnisse für Frauen sinnvoll und erfolgversprechend sind.

So sind denn auch immer wieder Initiativen vom Frauenbüro für solche Bündnisse ausgegangen. z.B. das Unternehmerinnen-Netzwerk, der Unternehmerinnen-Stammtisch, die Einbeziehung des Problems Häusliche Gewalt in die Fortbildung am Klinikum, die Existenzgründungsberatung oder der Facharbeitskreis Frauen-Bauen-Wohnen, die beide außerordentlich erfolgreich waren und sind oder aktuell das Aktionsbündnis Frauen und Arbeit, der Runde Tisch gegen häusliche Gewalt, das Projekt anonyme Spurensicherung.

Charakteristisch für diese und ähnliche Projekte ist es, dass die Initiative oft vom Frauenbüro ausgeht, dass zumindest in der Anfangszeit das Frauenbüro auch organisierend und begleitend tätig wird, dass aber solche Bündnisse, die ja weit über die Stadtverwaltung hinausgehen und die Zivilgesellschaft einbeziehen, häufig dann auch ohne die Frauenbeauftragten weiter aktiv sind.

So ist in den letzten Jahrzehnten eine bunte Landschaft an Netzwerken und Kooperationen entstanden, die die Stadt bunter, frauenfreundlicher und lebenswerter machen.

Das Frauenbüro als „Werbeagentur“ für eine frauengerechte Gesellschaft.

Dieser Funktion kam in den ersten Jahren des Frauenbüros große Bedeutung zu, galt es doch, für die Idee von Geschlechtergerechtigkeit und frauenfreundlicher Politik maximale Unterstützung zu organisieren. Selbstverständlich war damals nichts. Manchmal kam ich mir damals vor wie eine Handlungsreisende in Sachen Artikel 3 GG. Das publizistische Echo war groß und half, manches durchzusetzen.

Diese Funktion hat an Bedeutung verloren. Theoretisch ist jedermann für die Gleichberechtigung... Dennoch ist das Frauenbüro in Sachen Werbung wie vor sehr aktiv mit großen und kleinen öffentlichen Veranstaltungen, mit Broschüren und Wegweisern, mit Vorträgen und Pressemeldungen. Allerdings: Ein bisschen mehr Sichtbarkeit könnte dem Frauenbüro nicht schaden. Der Internetauftritt ist eher unauffällig, und beim Stichwort Zukunft auf der Homepage der Stadt findet man es auch nicht- zu Unrecht!

FAZIT I: Das Frauenbüro ist weiter unverzichtbar – aber Frauenpolitik auch!

Zieht frau Bilanz nach 30 Jahren, so wird deutlich, dass das Frauenbüro auf absehbare Zeit unverzichtbar bleibt. Allerdings hat sich die Art seiner Arbeit geändert: Der Schwerpunkt hat sich

verschoben in Richtung Koordination, Kooperation und Vernetzung. Innerhalb der Stadtverwaltung ist die Einbeziehung des Frauenbüros heute gängige Praxis, die Expertenrolle unbestritten. Die Exotenrolle der Anfangszeit gehört der Vergangenheit an. Die Arbeit des Frauenbüros ist dadurch selbstverständlicher geworden, aber auch unspektakulärer und manchmal auch unsichtbarer. Das mag zwar daran liegen, dass Frauen den Grundsatz „Tu Gutes und rede drüber“ manchmal nur unzureichend verinnerlicht haben. Es liegt aber auch daran, dass das kommunalpolitische Umfeld sich verändert hat und schon dadurch Frauenpolitik an Gewicht verloren hat. Mit nur einer einzigen Frau im hauptamtlichen Magistrat ist Kassel auf den Stand von 1984 zurückgefallen – und das können die engagierten ehrenamtlichen Stadträtinnen schlechterdings nicht ausgleichen. Zudem ist der Frauenanteil in der Stadtverordnetenversammlung kontinuierlich gesunken. Eine Frauenkommission gibt es schon lange nicht mehr, und die Frauenangelegenheiten werden in einem vielbeschäftigten Ausschuss mit dem Titel „Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung“ mitverhandelt.

Größere öffentliche Resonanz und stärkere Rückwirkung auf die Kommunalpolitik insgesamt hätte mit Sicherheit eine Kommission oder ein Ausschuss, der ausschließlich der Gleichstellung gewidmet wäre. So wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sich der Gleichstellung von Frauen und Männern, aber auch von Behinderten und Minderheiten annimmt, könnte das ein solcher Ausschuss auch tun und wichtige Impulse für die Kommunalpolitik geben.

FAZIT II: Die Stadtgesellschaft braucht das Frauenbüro.

Die Welt hat sich dramatisch verändert seit 1989. Deutschland ist vielfältiger, bunter, aber auch zerklüfteter geworden. Das lässt auch Städte und Gemeinden nicht unberührt. Es bedarf größerer Anstrengungen, um die Stadtgesellschaft zu zusammenzuhalten. Die traditionellen Verwaltungsstrukturen, die im Wesentlichen aus dem 19. Jahrhundert stammen, bedürfen daher der Ergänzung und Erweiterung. So gibt es auch in Kassel – anders als vor 30 Jahren – eine ganze Reihe von Aufgaben der dezernatsübergreifenden Organisation und Vernetzung. Dazu gehört z.B. Integration der Zugewanderten, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, die Bewältigung des demographischen Wandels, die Integration von Langzeitarbeitslosen und Benachteiligten. Unter diesen Querschnittsaufgaben ist die des Frauenbüros die wichtigste, weil sie die größte Bevölkerungsgruppe betrifft und ihrerseits als Klammer für die anderen Querschnittsaufgaben dienen kann: Das Fachwissen des Frauenbüros ist wichtig zur Bearbeitung von Lebenslagen und Problemen von behinderten, benachteiligten, zugewanderten und alten Frauen. Und ihre Expertise in Sachen Vernetzung und Kooperation ist für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben von nicht zu unterschätzendem Wert.

In den 90er Jahren titelten die SPD Frauen „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“. Heute kann man das abwandeln: Ohne Frauen und ohne Frauenbüro ist die Kommunalpolitik nicht zu machen!

Und in diesem Sinne gratuliere ich Ihnen allen und dem Frauenbüro zum 30. Geburtstag. Und allen frauenpolitisch aktiven Frauen in Kassel wünsche ich aus diesem Anlass: Bleiben Sie engagiert, bleiben Sie so widerständig und kreativ und hartnäckig wie in den letzten dreißig Jahren – oder werden Sie es! In diesem Sinne – weiter viele frauenpolitischen Erfolge!